

ENDLICH!

MEHR LOHNGERECHTIGKEIT

Die SPD hat gegen den Widerstand von CDU und CSU Manuela Schwesigs Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit durchgesetzt. Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben künftig das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden. Wer ungerecht behandelt wird, dem steht eine Anpassung seiner Lohnzahlung zu – und das auch rückwirkend.

Schritte zu mehr Gerechtigkeit:

- Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten sind künftig gegenüber jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter verpflichtet, Auskunft über die Bezahlung von Kolleginnen und Kollegen zu geben, die den gleichen Job machen.
- Es profitieren mehr als 14 Millionen Beschäftigte davon. In tarifgebundenen Unternehmen soll der Auskunftsanspruch über die Betriebsräte wahrgenommen werden.
- Sollte sich zeigen, dass ungerechtfertigt zu wenig Lohn gezahlt wurde, besteht ein Anspruch auf Nachzahlung.
- Große Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen darüber hinaus systematisch prüfen, ob es eine Benachteiligung von Frauen im Betrieb gibt.
- Wir wollen noch mehr: beispielsweise eine Aufwertung typischer „Frauenberufe“ in der Erziehung und Pflege.

Denn noch immer bekommen Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Wir wollen das ändern.

Mehr auf [SPD.de](https://www.spd.de)